



ECPAT Österreich

Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Rechte der Kinder
vor sexueller Ausbeutung

Stellungnahme

ECPAT unterstützt Appell zur Evakuierung der Flüchtlingslager in Griechenland

8. April 2020 – Gemeinsam mit über 300 NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem In- und Ausland unterstützt ECPAT Österreich den dringenden Appell der asylkoordination österreich zur Evakuierung von Flüchtlingen von den griechischen Inseln in andere EU-Staaten. In einem offenen Brief an die Spitzenpolitiker*innen der EU und an den griechischen Regierungschef wird zu einer unverzüglichen Evakuierung der Lager und Hotspots aufgerufen, um auch eine Katastrophe inmitten der Corona-Pandemie zu verhindern. Gleichzeitig wird die sofortige Wiederherstellung des Menschenrechts, Asyl zu suchen, verlangt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen des öffentlichen Lebens können den Appell hier unterzeichnen: www.urgentletter.at; beziehungsweise kann der offene Brief auf Deutsch oder Englisch mit der Bitte um Unterstützung weitergeleitet werden.

ECPAT Österreich unterstützt diesen wichtigen Aufruf, insbesondere im Hinblick zur Wahrung des Kinderschutzes, da die Situation in den Flüchtlingslagern die Verletzung von Kinderrechten begünstigt. Kinder und Jugendliche sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind besonders gefährdet Opfer von Gewalt, Übergriffen sowie Ausbeutung und Menschenhandel zu werden. Im neuen ECPAT-Länderbericht Griechenland (12/2019), von ECPAT International und dem ECPAT Mitglied in Griechenland, ARSIS Association for the Social Support of Youth, wird etwa davor gewarnt, dass Kinder – insbesondere unbegleitete Minderjährige – besonders vor sexueller Ausbeutung gefährdet sind. Auf Grund der überlasteten und schwachen staatlichen Dienste und Unterkünfte für Kinder, sind diese oft auf sich alleine gestellt und damit leichter Sexualstraftäter*innen ausgesetzt. Um Gewalt gegen Kinder im Kontext von Flucht und Migration zu verhindern fordert ECPAT Österreich die Implementierung von Kinderschutzmaßnahmen bzw. Gewaltschutzkonzepte für Frauen und Kinder sowie entsprechende Meldeverfahren.